

Italien nach 16 Monaten **Meloni**

Angesichts stark zunehmender Rechtstendenzen in Europa taucht wieder öfter die Frage auf: Was geschieht eigentlich im antifaschistisch verfassten Italien, dem ersten der führenden Staaten Europas, in dem seit gut einem Jahr eine Rechtskoalition unter Führung von Post-Faschisten an der Macht ist?

Von **Susanna Böhme-Kuby**

Eine noch recht jugendliche Politikerin, Giorgia Meloni, hatte im September 2022 nach Neuwahlen das Regierungsamt aus den Händen ihres zurückgetretenen Vorgängers „Super-Mario“ Draghi übernommen. Politisch aufgewachsen in der Jugendorganisation des spätfaschistischen Movimento Sociale (MSI) an der römischen Peripherie, hatte sie sich schon früh, seit den 90er Jahren, als dessen Führerin qualifiziert, wurde 2006 ins römische Parlament und zur jüngsten Vizepräsidentin desselben gewählt, neben dem Präsidenten Fausto Bertinotti, einem letzten Kommunisten. Silvio Berlusconi hatte sie dann 2008 in seine vierte Regierung als Ministerin geholt und bis 2012 gehörte sie seiner damaligen Partei der Freiheit (PdL) an. Als diese dann die aus Brüssel favorisierte Regierung des Finanzexperten Mario Monti unterstützte, gründete sie mit den Anhängern der Alleanza Nazionale (AN) ihre heutige Partei der Fratelli d'Italia (FdI), für eine entschiedene Opposition gegen Regierung und die EU, die auch unter Mario Draghi bis 2022 zum Sammelbecken fast allen politischen Unmuts wurde.

Melonis Nachfolgepartei der mehrfach gewendeten einstigen Salò-Faschisten (MSI/ AN) führt nunmehr seit 16 Monaten eine politisch keineswegs homogene Dreierkoalition an - und muss sich ständig austarieren mit der inzwischen national-populistischen Lega Matteo Salvini und der geschrumpften, relativ gemäßigten Forza Italia, nach Berlusconi geführt von Antonio Tajani.

Unterschiedliche politische Schwerpunkte der drei Parteien treten seit Jahresende 2023 zunehmend in den Vordergrund, mit Blick auf die im Juni 2024 anstehenden Europawahlen, bei denen die einzelnen Parteien ja wieder miteinander konkurrieren, wie auch bei demnächst fälligen Regional- und Kommunalwahlen.

Regierungschef Meloni wurde zwar jüngst von der rechtslastigen Tageszeitung 'Liberio' zum „Mann des Jahres 2023“ gekürt, hat aber mit Mussolini auf den ersten Blick wenig gemein - vor allem agiert sie in einem anderen weltpolitischen Umfeld. Seit 2020 führt Meloni auch die rechtsaußen positionierte EU-Partei der Konservativen und Reformen an, der u.a. Victor Orban, die polnische Pis-Partei und die spanische Vox angehören, die sich alle auf historische Vorläufer beziehen. Doch seit 2021 gehört sie auch dem einflussreichen US-Think-Tank Aspen Institute an und hat inzwischen eine entsprechende außenpolitische Kehrtwende pro-USA und pro-EU hingelegt, die weit über den sprichwörtlichen 'trasformismo' italienischer Politiker hinausgeht, aber zweifellos Grundbedingung für ihren Zutritt zur oberen Machtsphäre war.

Längst nicht all ihre Parteikameraden haben diese Wende mitvollzogen, auch im engsten Kreis Melonis finden sich unverbesserbare Bewunderer des „fähigen Staatsmannes“ Mussolini, wie z.B. der Senatspräsident Ignazio La Russa - der, als heute zweithöchster

Repräsentant der antifaschistischen Republik Italien, an einer Büste des Duce auf seinem privaten Schreibtisch festhält.

Regieren also wieder Faschisten in Italien?

Die daran anknüpfende Frage, ob oder wie weit der Faschismus lediglich als ein spezifisch historisches Phänomen angesehen werden soll, das sich als solches nicht wiederholt, erscheint als letztlich müßig, denn Geschichte wiederholt sich nicht in alten Formen. Doch lassen sich durchaus heutige Parallelen und Differenzen zu damals aufzeigen, wenn man davon ausgeht, dass der Faschismus noch immer eine autoritäre Variante kapitalistischer Herrschaftsformen in anhaltenden Krisensituationen darstellt, dessen Funktion vor allem in der Sicherung kapitalistischer Besitz- und Produktionsverhältnisse, sowie der notwendigen Profitraten, besteht. So ging es einst und geht es auch noch im heutigen Neoliberalismus um eine möglichst kapitalfreundliche Ausbeutung der Arbeit und folglich gegen bisher erkämpfte demokratische Rechte. (Eine Extremform dessen wird gerade in Argentinien wieder erprobt und ist auch in Donald Trumps neuem Regierungsentwurf für 2025 vorgesehen.)

Die überall nach Kriegsende 1945 im Westen erhaltenen faschistischen Restbestände wurden während der Nachkriegs - Restauration in den meisten Ländern als Randphänomene geduldet. Sichtbarer wurden sie dann in periodischen Krisensituationen, vor allem mit der weltweiten Ausbreitung der Kapitalherrschaft seit den 90er - Jahren und bieten seitdem den Rahmen für das Anwachsen rechtsextremer bis neofaschistischer Tendenzen in ganz Europa, mit diversen autoritär-servilen, ethnisch-identitären und xenophoben Schwerpunkten - parallel zum Verschwinden linker Alternativen.

Doch gerade im antifaschistischen Nachkriegs-Italien sind die Faschisten institutionell stärker verankert geblieben und konnten eine fatale und tödliche Rolle in den 60er und 70er Jahren bei den zahlreichen Terroranschlägen und Umsturzversuchen übernehmen, die das Land destabilisieren und die starke kommunistische Alternative ausschalten sollten. Gegen letztere war ja auch noch Berlusconi in den 90ern angetreten, und die Mission ist inzwischen ja auch erfolgreich beendet.

Den Armen nehmen und den Reichen geben

Ganz knapp könnte man die Politik von Regierungschef Meloni als sukzessive Fortführung dessen definieren, was schon Berlusconi begonnen hatte: den programmatischen Rückbau demokratischer Institutionen und Rechte zur Schwächung des Faktors Arbeit auf der Grundlage einer neoliberalen Politik, die, kurz gesagt, den